



MEDIENINFORMATION

Mainz, 27. Januar 2025

**Rede des Landtagspräsidenten Hendrik Hering
Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus**

**Montag, 27. Januar 2025,
11.00 Uhr, Neue Synagoge Mainz**

**Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren
Herr Ministerpräsident,
verehrte Gäste,

heute vor 80 Jahren öffneten sich die Lagertore von Auschwitz. Der jüdische Major Anatoli Schapiro erinnerte sich:

„Wir brauchten fast drei Stunden, bis wir die verminten Tore entschärft hatten. Was ich dann sah, werde ich nie wieder vergessen. Skelette von Menschen kamen mir entgegen. Sie trugen Streifenanzüge, keine Schuhe. Es war eisig kalt“.

Die Befreier marschierten von Baracke zu Baracke. Der Wind bedeckte sie mit Asche, der Schnee war schwarz, die Krematorien noch warm.

Wie kein anderer Ort stehen die Lager von Auschwitz für den Abgrund der Menschheit. Auschwitz, das war eine monströse Mordmaschine. Jenseits aller Vorstellungen von Moral und Menschlichkeit. Eine Hölle, der nur wenige enttrinnen konnten.

Umso mehr erfüllt es mich mit tiefer Dankbarkeit, dass einige der Überlebenden die Kraft und den Mut fanden, uns von dieser Hölle zu berichten.

Sie haben einen großen Teil ihres Lebens der Erinnerung gewidmet und sich immer wieder für ein respektvolles, friedliches Miteinander eingesetzt.



Jetzt aber sind nur noch wenige von ihnen da.

Deshalb werden und wollen wir die Erinnerung stärker als bisher in die eigenen Hände nehmen. Wir müssen erwachsen werden.

Sie, die Zeitzeugen, haben lange genug diese Last für uns getragen – Menschen wie der Holocaust-Überlebende Leon Weintraub. Er mahnte uns bei der Einweihung dieser Synagoge vor knapp 15 Jahren: „Das Schlimmste ist das Vergessen.“

Verehrte Gäste,

im Gedenken an die Opfer bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Am heutigen Tag ehren wir das Andenken an die Verfolgten des NS-Regimes. Wir gedenken der Millionen unschuldigen Zivilisten, die Opfer des vorsätzlichen Massenmords wurden:

Wir denken an sechs Millionen jüdische Menschen, eine Million davon waren Kinder. Wir gedenken auch:

- der ermordeten Roma und Sinti.
- Wir denken an Alte, psychisch Kranke und Menschen mit Behinderung, die Opfer der NS-Ideologie wurden.
- Wir denken an Kommunisten und Sozialdemokraten und an alle Frauen und Männer, die als politische Gegner verfolgt wurden.
- Wir gedenken der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter,
- der Polen und der sowjetischen Kriegsgefangenen.

Wir denken an die verfolgten Christen und Zeugen Jehovas,

- an Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden;
- an die Jenischen und die Afrodeutschen
- und an die verfolgten Menschen am Rande der Gesellschaft, an Obdachlose, Arme und sozial Schwache, die die Nazis als sogenannte „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ gebrandmarkt hatten.



Wir denken an Millionen von Menschen, die ihres Lebens, ihrer Heimat und ihrer Zukunft beraubt wurden.

Wir haben uns erhoben, um zu versprechen, unsere ganze Kraft daran zu setzen, dass solches Unrecht nie wieder vorkommt.

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren,

heute ist ein Tag der Trauer. Ein Tag, der uns dazu auffordert, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen: Der Holocaust war nicht unvermeidbar.

Der Holocaust konnte nur geschehen, weil viele Deutsche daran beteiligt waren – durch aktive Mithilfe ebenso wie durch Unterlassung.

Seine Vorgeschichte begann auch nicht erst 1933. Denn schon vor der NS-Diktatur, in der Weimarer Republik, erlebte Europa die erste große Krise der Demokratie:

Von Portugal über Spanien und Italien bis nach Österreich und Jugoslawien, aber auch in Polen, der Ukraine, Ungarn und Rumänien – überall standen Demokratien unter Beschuss durch Extremisten und Nationalisten. Und allein das sind erschreckende Parallelen zu unserer Gegenwart.

Doch nirgends geschah dies in vergleichbarer Radikalität und Brutalität wie in Deutschland.

Bereits in der Weimarer Republik bestand die NS-Propaganda aus wenigen, sich ständig wiederholenden Schlagworten und einfachen Lösungen, aus gezielter Hetze und Desinformation. Die perfide Methode, Angst zu machen und aufzuwiegen – sie war schon damals Programm.

Zugleich entwickelten die Nazis ihre menschenverachtende Rassenideologie und beschworen das Schreckgespenst einer sogenannten „jüdischen Weltverschwörung“ herauf.

Sie prangerten ein Versagen der demokratischen Parteien an. Sie verhöhnten die Institutionen. Sie verleumdete die Repräsentanten der Demokratie und scheuten dabei auch nicht vor Gewalt zurück. Vor allem aber schürten sie Ängste in der Bevölkerung und befeuerten so den Hass auf die noch junge parlamentarische Republik.



Und doch: Sie wären noch zu stoppen gewesen, wenn nicht so viele Menschen einfach weggesehen und geschwiegen hätten.

Das Schweigen der Mehrheit – es war ohrenbetäubend. Und mit diesem Schweigen verschoben sich immer schneller auch die gesellschaftlichen Normen.

ZITAT „Für die Zerstörung der Demokratie brauchten die Antidemokraten nicht länger als die Dauer eines Jahresurlaubs. Wer Ende Januar [1933] aus einem Rechtsstaat abreiste, kehrte vier Wochen später in eine Diktatur zurück.“

So beschreibt es der Autor Uwe Wittstock in seinem Buch „Februar 33“.

So begann es damals. Und so kann es wieder beginnen.

Denn der Antisemitismus, den wir heute erleben, ist nicht neu. Im Gegenteil: Er war nie weg. Er ist nach wie vor Teil unserer Gesellschaft und sucht sich seine Wege.

Meine Damen und Herren,

unter unseren Gästen sind heute auch Überlebende der NS-Diktatur sowie Angehörige und Nachkommen der Opfer. Es ist uns eine Ehre und Freude, dass Sie bei uns sind.

Besonders begrüßen möchte ich Nicolaus Blättermann, 104 Jahre alt. Im Generationengespräch mit Julia Panasyuk werden wir von den schwierigen Aufbaujahren in Bad Kreuznach nach dem Holocaust hören – und auch vom schweren Neuanfang überlebender Juden insgesamt in Deutschland.

Im Land der Täter gab es keine Stunde Null für sie. Der Hass auf Juden – wie auch auf die vielen anderen Opfergruppen – dieser Hass wurde nur vertuscht und übertüncht.

Ich begrüße an dieser Stelle den Juristen, Journalisten und Autor Dr. Ronen Steinke. Danke, dass Sie nachher in Ihrer Gedenkrede auch auf den Antisemitismus nach 1945 eingehen werden. Dieses Kapitel der deutschen Geschichte hat noch viel zu wenig Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden. Die Folgen spüren wir bis heute.

Meine Damen und Herren,



als Landtagspräsident, aber auch als Jurist, habe ich mir oft die Frage gestellt: Wie konnte es sein, dass so viele NS-Verbrecher nach 1945 straflos davonkamen? Zum Beispiel der Ingenieur Karl Bischoff aus Neuhemsbach in der Pfalz: Er war Bauleiter der Krematorien von Auschwitz. Nach dem Krieg ließ er sich in Bremen nieder, als wäre nichts geschehen.

Ihm half dabei eine Justiz, die aus einem Volk von Tätern ein Volk von mehr oder weniger „ahnungslosen“ Gehilfen schuf. Je mehr die Justiz aber den Fokus auf wenige Hauptverantwortliche legte, desto besser ließ sich die Schuld der Vielen verwischen.

Und es konnte damit gar nicht schnell genug gehen! So war das „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“ gleich eines der ersten Gesetze überhaupt, die der junge Deutsche Bundestag verabschiedete.

Bei der Beratung im Dezember 1949 herrschte im Plenum Einigkeit darüber, dass es notwendig sei, ich zitiere: „Vergessen über die Vergangenheit zu decken“. Mit überwältigender Mehrheit ging das Gesetz durch – sehr zum Vorteil für hunderttausenden NS-Täter und ihre „willigen Helfer“.

Hier zeigt sich früh das Muster deutscher Vergangenheitspolitik: Eine ernsthafte und vertiefte Auseinandersetzung mit dem allumspannenden Netz aus Mittätern und Mitläufern wurde unterbunden.

Dabei waren die Täterinnen und Täter eben nicht nur die Größen der NS-Partei – die Himmlers, die Goebbels' oder die Görings.

Es waren vor allem „ganz normale“ Menschen: die Angestellten oder Beamten in den Behörden, die Polizisten, die Wehrmachtssoldaten, die Ärzte oder Pflegerinnen, die Richter und Anwälte, die Lokführer oder Busfahrer – sie alle hatten an ihren je unterschiedlichen Dienststellen den Massenmord erst möglich gemacht. Und sie alle hatten hinterher ein massives Interesse daran, die Nazi-Diktatur als Werk einer kleinen verbrecherischen Clique darzustellen.

Eine Wende stellte sich erst 1963 mit dem Auschwitz-Prozess in Frankfurt und den späteren Studentenunruhen ein – und ebenso mit der berühmten Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985! Darin forderte Weizsäcker die Deutschen auf, endlich der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Doch Weizsäcker war seiner Zeit voraus.

Noch 40 Jahre später sind wir blind und taub für so vieles, was vor und nach 1945 bittere Realität war: die Verleugnung eigener Schuld und damit die fortdauernde Demütigung der Opfer.



Das zeigte sich besonders krass nach dem 7. Oktober 2023 – nach dem bestialischen Angriff der Hamas auf wehrlose Israelis. Plötzlich mussten sich jüdische Bürgerinnen und Bürger auch hierzulande rechtfertigen und schützen.

Das ist unerträglich! Es ist unerträglich, dass Bürgerinnen und Bürger ihre jüdische Religion verstecken müssen. Es ist unerträglich, dass man ihnen – wie in Berlin – nahelegt, die Kippa oder den Davidstern nicht öffentlich zu zeigen.

Es ist unerträglich, dass erst vor wenigen Wochen in Worms das Haus, in dem der letzte Holocaust-Überlebende der Stadt, der Sinto Stefan Köcher gewohnt hat, mit Nazi-Schmierereien besprüht wurde. Dass Stolpersteine und Mahnmale beschädigt werden.

Meine Damen und Herren,

auch aus diesem Grund sind wir heute hier in der Mainzer Synagoge und an der Seite der jüdischen Gemeinde. Wir wollen damit ein Zeichen setzen: Wir stehen zu Ihnen. Und wir werden alles, wirklich alles, was in unserer Macht steht, tun, damit Sie sich sicher fühlen können!

Der Antisemitismus – er ist wieder auf dem Vormarsch und mit ihm Gewalt, Rassismus, Demokratieverachtung.

Er offenbart sich in einer Sprache, die verschleiert, die diskriminiert oder verlogen ist. Er zeigt sich in Propaganda, er offenbart sich in Lügen unter dem Deckmantel vermeintlicher Meinungsfreiheit, in Hass, Desinformation und Manipulation.

Als vor einem Jahr das Wort „Remigration“ fiel, gingen viele Hunderttausende in unserem Land auf die Straße. Heute wird dieser Begriff selbstbewusst von einer Partei im Wahlkampf genutzt.

Eine Demokratie ist nicht nur ein politisches System. Sie ist auch nicht nur eine Lebensform. Sie ist vor allem Auftrag und Verpflichtung, Minderheiten zu schützen und Rechtsstaatlichkeit zu sichern.

Eine Demokratie, in der sich Minderheiten bedroht fühlen müssen, ist keine!

Wir dürfen den Holocaust niemals vergessen – und wir dürfen nicht zulassen, dass andere ihn vergessen, verzerren oder gar leugnen. Wenn Hass und Ausgrenzung erst einmal die Oberhand gewinnen, ist es zu spät.



Davon berichten uns die Überlebenden des Holocaust. Das mahnen uns die Opfer. Und das lehrt uns die deutsche Geschichte.

Die Lehren aus dem Nationalsozialismus haben uns die Mütter und Väter des Grundgesetzes in die Verfassung geschrieben. Und sie haben Werkzeuge geschaffen, um Demokratie und Rechtsstaat für alle Zeiten gegen Angriffe zu sichern. Aber wir müssen auch mutig sein die Werkzeuge, die uns an die Hand gegeben wurden, zu nutzen. Dazu braucht es entschlossene demokratische Parteien und mutige Zivilgesellschaft.

Denn wer zulässt, dass anderen die Freiheit geraubt wird, der verliert am Ende die eigene Freiheit. Wer zulässt, dass anderen die Würde genommen wird, der verliert am Ende die eigene Würde.

So begann es. Und so kann es wieder beginnen.

Es hängt von uns ab.

Es liegt an uns, welche Antwort wir finden: auf die Demokratieverachtung, die uns immer unverhohlener und brutaler begegnet; auf den Rechtsruck, der sich in Deutschland, Europa und weltweit vollzieht.

Darauf kann es für Demokratinnen und Demokraten nur eine Antwort geben:

Werdet politisch! Seht hin! Engagiert euch!

Wir sind eine starke Zivilgesellschaft mit starken Institutionen.

Wir müssen raus aus der Defensive!